

Flüchtlingshilfe: Ganz Europa ist gefordert

Die Unterbringung und Betreuung der vielen zu uns nach Hamburg kommenden Flüchtlinge ist eine enorme Herausforderung. Fast jede Woche werden überall in der Stadt kurzfristig zusätzliche Kapazitäten geschaffen, um den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben und sie zu versorgen. Hamburg und Deutschland insgesamt stehen zu ihrer Verantwortung und es wird dringend Zeit, dass dies auch für ganz Europa gilt:

- Hamburg hat sich mit der Idee durchgesetzt, dass Migranten aus den Westbalkanstaaten nicht in das Asylsystem gehören, sondern als Arbeitsmigranten auf die entsprechenden Einwanderungsmöglichkeiten hingewiesen werden sollten. Damit soll vermieden werden, dass über das Asylsystem zur Arbeitssuche eingereist wird.
- Die Länder des Westbalkans Albanien, Montenegro und das Kosovo sollen zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden. Für die Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina ist dies bereits erfolgt. Die Zahl der Flüchtlinge aus diesen Ländern ist in Hamburg bereits zwischen August und September dieses Jahres deutlich zurückgegangen.
- Der Bund will „Wartezentren“ für ankommende Flüchtlinge und Asylbewerber einrichten, von denen aus dann die Verteilung auf das Bundesgebiet erfolgt. Ziel ist es, eine Verteilung auf die Folgeunterbringung erst nach der förmlichen Stellung des Asylantrags zu erreichen.
- Das Auswärtige Amt wird mit 400 Mio. Euro gestärkt, um vor Ort für bessere Informationen über die Aufnahmebedingungen in Deutschland zu sorgen.

Klar ist aber, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen kann und es eine europäische Lösung geben muss, die dafür sorgt, dass die Flüchtlinge gerechter verteilt werden.

- Die EU-Kommission hat hierzu einen Schlüssel entwickelt, der u.a. Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft berücksichtigt.
- Bis Ende November 2015 will die EU an ihren Außengrenzen, in besonders belasteten Ländern wie Griechenland und Italien, sogenannte „Hot-Spots“ einrichten. Hier sollen die Schutzbedürftigkeit geprüft und eine Rückführung oder Verteilung in andere Mitgliedstaaten veranlasst werden.
- Mit der Türkei wird über einen besseren Grenzschutz verhandelt.
- Die EU hat endlich dringende finanzielle Unterstützung beschlossen, die zur Verbesserung der Situation in den großen Flüchtlingslagern im Libanon, Jordanien und der Türkei erforderlich sind.

Diese Maßnahmen zeigen: Auch auf europäischer Ebene hat man langsam verstanden, dass jetzt gehandelt werden muss.